

106 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Ausgedruckt am 7. 5. 1991

Regierungsvorlage

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM KÖNIGREICH MAROKKO ÜBER DIE GRENZÜBERSCHREITENDE BEFÖRDERUNG VON PERSONEN UND GÜTERN AUF DER STRASSE

Die REPUBLIK ÖSTERREICH und das KÖNIGREICH MAROKKO,
vom Wunsche geleitet, die grenzüberschreitende Beförderung von Personen und Gütern auf der Straße zwischen ihren beiden Ländern sowie im Transit über ihre Gebiete zu erleichtern, sind wie folgt übereingekommen:

KAPITEL I

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Artikel 1

Im Sinne dieses Abkommens bedeutet:

1. „Unternehmer“ jede physische oder juristische Person sowie jede Gesellschaft, die entweder in der Republik Österreich oder im Königreich Marokko zur gewerbsmäßigen Beförderung von Gütern oder Personen oder zum Werkverkehr auf der Straße befugt ist;
2. „Fahrzeug“ jedes Kraftfahrzeug, das
 - a) zur Beförderung von Gütern oder von mehr als acht Personen (Fahrer nicht eingeschlossen) gebaut und auf der Straße dafür verwendet wird;
 - b) in einer der beiden Vertragsparteien zugelassen ist.

Artikel 2

Zuständige Behörden im Sinne dieses Abkommens sind im Falle der Republik Österreich der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr und im Falle des Königreiches Marokko der Minister für Transport (le Ministre des Transports).

Artikel 3

Die Unternehmer einer der beiden Vertragsparteien sind berechtigt, nach Maßgabe dieses Abkommens mit Fahrzeugen im Sinne des Artikel 1 Personen und Güter zwischen den Hoheitsgebieten der beiden Vertragsparteien oder im Transit durch das Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei zu befördern.

KAPITEL II

BEFÖRDERUNG VON PERSONEN

Artikel 4

Personenbeförderungen im Linienverkehr zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien, das heißt die Verkehrsdienste, die nach einem bestimmten Fahrplan auf einer bestimmten Fahrstrecke

durchgeführt werden, wobei die Fahrgäste während der Beförderung an vorher bestimmten Punkten aufgenommen oder abgesetzt werden können, unterliegen der Genehmigung durch die beiden Vertragsparteien.

Artikel 5

1. Der Unternehmer einer der Vertragsparteien ist berechtigt, ein Fahrzeug, das für die Beförderung von Personen bestimmt ist, im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ohne das Erfordernis einer Genehmigung hiefür in Übereinstimmung mit den Gesetzen der anderen Vertragspartei für folgende internationale Gelegenheitsverkehrsdienste zu benützen:
 - a) „Rundfahrten mit geschlossenen Türen“, das sind Fahrten, die mit demselben Fahrzeug ausgeführt werden, das auf der gesamten Fahrstrecke dieselbe Reisegruppe befördert und sie an den Ausgangsort zurückbringt;
 - b) Verkehrsdienste, bei denen zur Hinfahrt Fahrgäste aufgenommen werden und bei denen die Rückfahrt eine Leerfahrt ist.
2. Ein Unternehmer, der Gelegenheitsverkehrsdienste im Sinne dieses Abkommens durchführt, hat dafür Sorge zu tragen, daß sein hiefür eingesetztes Fahrzeug ein von der zuständigen Behörde der Vertragspartei, in der das Fahrzeug zugelassen ist, ausgestelltes Kontrolldokument oder Statistikblatt mit sich führt.

Artikel 6

1. Die von einem Unternehmer der anderen Vertragspartei durchgeführten Beförderungen von Personen, die den in den Artikeln 4 und 5 genannten Bedingungen nicht entsprechen, bedürfen der Genehmigung durch die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei.
2. Die Beförderungen von Gepäck auf Anhängern, die mit für die Personenbeförderungen bestimmten Fahrzeugen verbunden sind, unterliegen keiner Genehmigung, sofern die hiefür in jeder der Vertragsparteien geltenden technischen Normen eingehalten werden.

KAPITEL III

BEFÖRDERUNG VON GÜTERN

Artikel 7

1. Gütertransporte von oder nach dem Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien oder Transittransporte durch das Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien mit Fahrzeugen im Sinne des Artikels 1 dieses Abkommens bedürfen einer vorher ausgestellten Genehmigung.
2. Die Genehmigung nach Absatz 1 ist für eine Fahrt (Hin- und Rückfahrt) gültig und für einen bestimmten Zeitraum auszustellen.
3. Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien werden unter Berücksichtigung des Verkehrsaufkommens und der Interessen der beiden Vertragsparteien die erforderliche Anzahl von Genehmigungen erteilen. Diese Genehmigungen werden dem Unternehmer im Wege der zuständigen Behörde seines Landes ausgefolgt.
4. Die Genehmigungen werden in den Sprachen der beiden Vertragsparteien und in französischer Sprache nach den von den zuständigen Behörden beider Vertragsparteien im gegenseitigen Einvernehmen festgelegten Mustern gedruckt.
5. Die Genehmigung darf nur von dem Unternehmer benützt werden, auf dessen Namen sie ausgestellt ist, und ist nicht übertragbar. Das Fahrzeug muß vom Unternehmer durch Angabe seines Kennzeichens in der Genehmigung bestimmt werden.

Artikel 8

1. Die zuständigen Behörden erteilen Genehmigungen ohne Anrechnung auf das Kontingent für
 - a) die Beförderungen von beschädigten oder abzuschleppenden Fahrzeugen;
 - b) die Beförderungen von Leichen;
 - c) die Beförderungen von Kunstgegenständen und Kunstwerken für Ausstellungen, Messen oder für jede andere kulturelle Veranstaltung;

- d) die Beförderungen von Umzugsgut durch Unternehmungen, die über entsprechende Fachkräfte und Ausrüstungen verfügen;
 - e) die Beförderungen von Geräten, Zubehör und Tieren zu oder von Theater-, Musik-, Film-, Sport- und Zirkusveranstaltungen, Messen sowie zu oder von Rundfunk-, Film- oder Fernsehaufnahmen;
 - f) die Beförderungen von Postsendungen;
 - g) die Beförderungen von Gegenständen, Material und Ausrüstung, die ausschließlich zur Werbung und Information bestimmt sind;
 - h) die Beförderungen von Bienen und Fischbrut;
 - i) die Beförderungen von wertvollen Gütern (zB Edelmetalle, Wertpapiere), durchgeführt mittels Spezialfahrzeugen, die von Polizei oder anderen Sicherheitskräften begleitet werden.
2. Die Beförderungen der für die ärztliche Behandlung im Notfall erforderlichen Güter, insbesondere bei Naturkatastrophen, bedürfen keiner Genehmigung.

KAPITEL IV

GEMEINSAME BESTIMMUNGEN

Artikel 9

Keine Bestimmung dieses Abkommens gibt dem Unternehmer einer Vertragspartei das Recht, innerhalb des Hoheitsgebietes der anderen Vertragspartei Personen oder Güter zur Beförderung innerhalb dieses Hoheitsgebietes aufzunehmen.

Artikel 10

Überschreiten das Gewicht oder die Abmessungen des Fahrzeuges oder der Ladung die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zugelassenen Werte, so müssen diese Fahrzeuge mit einer von der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei ausgestellten Sondergenehmigung versehen sein. In dieser Genehmigung können die Bedingungen für die Durchführung der Beförderung mit dem betreffenden Fahrzeug präzisiert werden.

Artikel 11

Der im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ansässige Unternehmer darf eine Beförderung zwischen dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei und einem Drittstaat nur mit Zustimmung der zuständigen Stellen der letzteren durchführen.

Artikel 12

Die Überweisung des Saldos in konvertibler Währung, der sich aus den Einnahmen und Ausgaben aus den im Rahmen dieses Abkommens stattgefundenen Geschäften ergibt, erfolgt gemäß den in jeder Vertragspartei geltenden einschlägigen Vorschriften.

Artikel 13

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können den Verkehrsunternehmern, die sowohl ihrer Zuständigkeit als auch der Zuständigkeit der anderen Vertragspartei unterliegen, vorschreiben, bei jeder von ihnen durchgeführten Fahrt ein Statistikblatt oder einen Fahrtenbericht zu erstellen.

Die in diesem Abkommen vorgesehenen Genehmigungen, Kontrolldokumente und Statistikblätter müssen in den Fahrzeugen mitgeführt und den Kontrollbeamten auf Verlangen vorgezeigt werden. Die Genehmigungen, die Kontrolldokumente und Statistikblätter müssen bei der Einreise in das und der Ausreise aus dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem sie gelten, mit dem Zollstempel versehen werden.

Artikel 14

Der Unternehmer einer der Vertragsparteien entrichtet für die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei durchgeführten Beförderungen die in diesem Hoheitsgebiet erhobenen Steuern und Abgaben.

Artikel 15

Die Mitglieder der Besatzung eines Fahrzeuges, das in einem der Vertragsparteien zugelassen ist, können für die Dauer ihres Aufenthaltes im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gemäß den im Hoheitsgebiet der letzteren Vertragspartei geltenden zollrechtlichen Vorschriften Gegenstände für ihren persönlichen Bedarf und die für ihr Fahrzeug erforderlichen Werkzeuge zollfrei und ohne Einfuhrgenehmigung vorübergehend einführen.

Artikel 16

Ersatzteile, die für die Instandsetzung eines Fahrzeuges bestimmt sind, mit dem eine in diesem Abkommen genannte Beförderung durchgeführt wird, werden entsprechend den Vorschriften über die vorübergehende Einfuhr abgefertigt und sind von Einfuhrabgaben und -beschränkungen befreit. Die nicht verwendeten oder die ersetzten Teile sind entweder wieder auszuführen oder unter Aufsicht der Zollbehörde zu vernichten.

Artikel 17

Die Unternehmer und die Fahrer von Fahrzeugen einer Vertragspartei sind verpflichtet, auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei die dort geltenden Vorschriften, insbesondere hinsichtlich des Verkehrs und der Beförderung auf der Straße sowie der Arbeitszeit und der maximalen Einsatzdauer eines Lenkers, einzuhalten.

Artikel 18

Das innerstaatliche Recht jeder Vertragspartei findet auf alle Fragen Anwendung, die durch dieses Abkommen nicht geregelt sind.

Artikel 19

1. Bei Zuwiderhandlungen eines Unternehmers oder des Fahrpersonals gegen die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Gesetze und Vorschriften oder gegen die Bestimmungen dieses Abkommens kann die zuständige Behörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Fahrzeug zugelassen ist, auf Ersuchen der zuständigen Behörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Zuwiderhandlung begangen wurde, eine der nachfolgenden Maßnahmen treffen:
 - a) Verwarnung des betreffenden Unternehmers, die geltenden Vorschriften einzuhalten;
 - b) Einstellung der Ausgabe von Genehmigungen an den betreffenden Unternehmer oder Widerruf einer bereits erteilten Genehmigung für den Zeitraum, für den die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei ihn vom Verkehr ausgeschlossen hat.
2. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über die getroffenen Maßnahmen.
3. Dieser Artikel gilt unbeschadet der gesetzmäßigen Maßnahmen, die von den Gerichten oder Verwaltungsbehörden der Vertragspartei getroffen werden, in deren Hoheitsgebiet die Zuwiderhandlung begangen wurde.

Artikel 20

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien ergreifen die für die Durchführung dieses Abkommens notwendigen Maßnahmen, einschließlich des Austausches aller erforderlichen statistischen oder anderer Angaben, und treten im Rahmen einer Gemischten Kommission auf Ersuchen einer der Vertragsparteien abwechselnd im Hoheitsgebiet jeder der Vertragsparteien zusammen.

Artikel 21

1. Das Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach dem Monat in Kraft, in dem die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Weg schriftlich mitgeteilt haben, daß die für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

2. Dieses Abkommen gilt für die Dauer eines Jahres ab seinem Inkrafttreten. Seine Gültigkeit verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht von einer der Vertragsparteien sechs Monate vor Ablauf der Gültigkeitsdauer mittels Notifikation auf diplomatischem Weg schriftlich gekündigt wird.

GESCHEHEN zu Rabat am 16. November 1990 in drei Urschriften in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder dieser Texte in gleicher Weise authentisch ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Text maßgebend.

Für die Republik Österreich:
Dr. Robert Marschik

Für das Königreich Marokko:
Mohamed Bouamoud

ACCORD

ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LE ROYAUME DU MAROC RELATIF AUX TRANSPORTS INTERNATIONAUX DE PERSONNES ET DE MARCHANDISES PAR ROUTE

La REPUBLIQUE d'AUTRICHE et Le ROYAUME du MAROC,

Désireux de faciliter les transports internationaux par route de personnes et de marchandises entre les deux pays, ainsi qu'en transit par leurs territoires, sont convenus de ce qui suit:

CHAPITRE I

DEFINITIONS

Article 1^{er}

Au sens du présent Accord on entend:

- (1) Par « entrepreneur » toute personne physique ou morale ou toute association qui est autorisée, soit en République d'Autriche soit au Royaume du Maroc, à effectuer des transports routiers commerciaux de marchandises ou de personnes ou pour compte propre;
- (2) Par « véhicule » tout véhicule automobile qui:
 - (a) est construit et utilisé sur route pour le transport de marchandises ou de plus de huit personnes (conducteur non inclus);
 - (b) est immatriculé dans l'une des Parties Contractantes.

Article 2

Au sens du présent Accord les autorités compétentes sont dans le cas de la République d'Autriche le Ministre Fédéral de l'Economie publique et des Transports (der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr) et dans le cas du Royaume du Maroc le Ministre des Transports.

Article 3

Les entrepreneurs de l'une des Parties Contractantes sont autorisés à effectuer des transports de voyageurs et de marchandises au moyen de véhicules tels que définis à l'Article premier de cet Accord soit entre les territoires des deux Parties Contractantes, soit en transit sur le territoire de l'une ou l'autre des Parties Contractantes, dans les conditions définies par le présent Accord.

CHAPITRE II**TRANSPORTS DE PERSONNES****Article 4**

Les services réguliers entre les territoires des Parties Contractantes, c'est-à-dire les services qui assurent le transport de personnes effectué selon une fréquence et sur une relation déterminées, des voyageurs pouvant être pris ou déposés en cours de route à des arrêts préalablement fixés, sont soumis à l'autorisation des deux Parties Contractantes.

Article 5

- (1) L'entrepreneur de l'une des Parties Contractantes est autorisé à utiliser un véhicule destiné au transport de personnes sur le territoire de l'autre Partie Contractante sans autorisation de transport conformément aux lois de l'autre Partie Contractante pour effectuer les services occasionnels internationaux suivants:
 - (a) « les circuits à portes fermées », c'est-à-dire les services exécutés au moyen du même véhicule, qui transporte sur tout le trajet le même groupe de voyageurs et le ramène au lieu de départ;
 - (b) les services comportant le voyage aller en charge et le voyage de retour à vide.
- (2) Un entrepreneur, effectuant des services occasionnels au sens du présent Accord, doit prendre soin qu'un document de contrôle ou fiche de renseignement, délivrés par l'autorité compétente de la Partie Contractante où le véhicule est immatriculé, se trouve à bord du véhicule utilisé pour lesdits transports.

Article 6

- (1) Les transports de personnes effectués par un entrepreneur de l'une des Parties Contractantes qui ne répondent pas aux conditions mentionnées aux Articles 4 et 5 du présent Accord, sont soumis à une autorisation de l'autorité compétente de l'autre Partie Contractante.
- (2) Les transports de bagages par remorques adjointes aux véhicules destinés aux transports de personnes ne sont pas soumis à une autorisation, sous réserve du respect des normes techniques en vigueur dans chacune des Parties Contractantes.

CHAPITRE III**TRANSPORTS DE MARCHANDISES****Article 7**

- (1) Les transports de marchandises en provenance ou à destination du territoire de l'une des Parties Contractantes ou en transit à travers le territoire de l'une des Parties Contractantes, effectués avec des véhicules tels que définis à l'article 1^{er} du présent Accord, sont soumis à une autorisation préalablement établie.
- (2) L'autorisation visée au paragraphe 1 est valable pour un voyage (aller et retour) et sera établie pour une durée déterminée.
- (3) Les autorités compétentes des Parties Contractantes accorderont le nombre nécessaire d'autorisations en tenant compte du volume du trafic routier et des intérêts des deux Parties Contractantes. Ces autorisations seront remises à l'entrepreneur par l'intermédiaire de l'autorité compétente de son pays.
- (4) Les autorisations sont imprimées dans les langues des deux Parties Contractantes et dans la langue française selon des modèles arrêtés d'un commun accord par les autorités compétentes des deux Parties Contractantes.
- (5) L'autorisation ne peut être utilisée que par l'entrepreneur au nom duquel elle a été établie et n'est pas cessible. Le véhicule doit être déterminé par l'entrepreneur en indiquant sur l'autorisation son numéro d'immatriculation.

Article 8

- (1) Les autorités compétentes accordent des autorisations hors contingent pour
 - a) les transports de véhicules endommagés ou à dépanner;
 - b) les transports funéraires;

- c) les transports d'objets et d'oeuvres d'art destinés aux expositions, aux foires ou à toute autre manifestation culturelle;
 - d) les transports d'effets de déménagement par des entreprises disposant d'employés et d'équipement spécialisés;
 - e) les transports de matériel, d'accessoires et d'animaux à destination ou en provenance de manifestations théâtrales, musicales, cinématographiques, sportives, de cirques et de foires ainsi que ceux destinés aux enregistrements radiophoniques, aux prises de vues cinématographiques et à la télévision;
 - f) les transports postaux;
 - g) les transports d'objets, de matériel et d'équipement destinés exclusivement à la publicité et à l'information;
 - h) les transports d'abeilles et d'alevins;
 - i) les transports de marchandises précieuses (par exemple métaux précieux, valeurs) effectués au moyen de véhicules spéciaux accompagnés par la police ou d'autres forces de sécurité.
- (2) Les transports d'articles nécessaires aux soins médicaux en cas de secours d'urgences, notamment en cas de catastrophes naturelles ne sont pas soumis à une autorisation.

CHAPITRE IV

DISPOSITIONS COMMUNES

Article 9

Aucune disposition du présent Accord ne donne le droit à un entrepreneur d'une Partie Contractante de charger des personnes ou des marchandises à l'intérieur du territoire de l'autre Partie Contractante pour les déposer à l'intérieur du même territoire.

Article 10

Si le poids ou les dimensions du véhicule ou du chargement dépassent les limites admises sur le territoire de l'autre Partie Contractante, les véhicules doivent être munis d'une autorisation spéciale délivrée par l'autorité compétente de cette Partie Contractante.

Cette autorisation doit préciser l'itinéraire et les conditions d'exécution du transport effectué par le véhicule en question.

Article 11

L'entrepreneur établi sur le territoire d'une Partie Contractante ne peut effectuer de transport entre le territoire de l'autre Partie Contractante et un Etat tiers, sauf autorisation délivrée par les autorités compétentes de cette dernière.

Article 12

Le transfert du solde entre les recettes et les dépenses en monnaie convertible découlant des opérations réalisées dans le cadre de cet Accord s'effectuera conformément à la réglementation en vigueur dans chacune des Parties Contractantes.

Article 13

Les autorités compétentes des Parties Contractantes peuvent imposer aux entrepreneurs relevant aussi bien de leur autorité que de l'autorité de l'autre Partie Contractante, l'obligation d'établir une fiche de renseignement ou compte rendu à l'occasion de chaque voyage effectué.

Les autorisations, les documents de contrôle et les fiches de renseignement prévus au présent Accord, doivent se trouver à bord des véhicules et être présentés à toute réquisition des agents de contrôle.

Les autorisations, les documents de contrôle et les fiches de renseignement seront revêtus du cachet de la douane à l'entrée et à la sortie du territoire de la Partie Contractante où ils sont valables.

Article 14

L'entrepreneur de l'une des Parties Contractantes acquitte, pour les transports effectués sur le territoire de l'autre Partie Contractante, les impôts et les taxes en vigueur sur ce territoire.

Article 15

Les membres de l'équipage du véhicule immatriculé dans une des Parties Contractantes peuvent, pour la durée de leur séjour sur le territoire de l'autre Partie Contractante, importer en franchise et sans autorisation d'importation leurs effets personnels et l'outillage nécessaire à leur véhicule, conformément à la législation douanière en vigueur sur le territoire de cette dernière Partie Contractante.

Article 16

Les pièces détachées destinées à la réparation d'un véhicule effectuant un transport visé par le présent Accord sont placées sous le régime de l'importation temporaire, et exonérées de droits et taxes à l'importation et de restrictions d'importation. Les pièces non utilisées ou remplacées seront soit réexportées soit détruites sous contrôle douanier.

Article 17

Les entrepreneurs et les conducteurs des véhicules d'une Partie Contractante sont tenus de respecter les dispositions réglementaires, notamment sur la circulation et les transports routiers, ainsi que sur la durée de travail et la durée maximum de conduite, en vigueur sur le territoire de l'autre Partie Contractante, lorsqu'ils circulent sur ce territoire.

Article 18

La législation interne de chaque Partie Contractante s'applique à toutes les questions qui ne sont pas réglées par le présent Accord.

Article 19

- (1) En cas d'infraction commise par un entrepreneur ou par le personnel de conduite à l'égard des lois ou d'autres prescriptions en vigueur dans le territoire de l'autre Partie Contractante ou à l'égard des dispositions du présent Accord, l'autorité compétente de la Partie Contractante dans le territoire de laquelle le véhicule est immatriculé peut prendre à la requête de l'autorité compétente de la Partie Contractante dans le territoire de laquelle l'infraction a été commise une des mesures suivantes:
 - (a) avertissement à l'entrepreneur concerné d'observer les dispositions en vigueur;
 - (b) suspension d'octroi d'autorisations à l'entrepreneur concerné ou retrait de l'autorisation déjà délivrée pour une période pour laquelle l'autorité compétente de l'autre Partie Contractante l'aura exclu de la circulation.
- (2) Les autorités compétentes s'informent réciproquement sur les mesures prises.
- (3) Le présent Article est applicable sans préjudice des mesures légales prises par les cours de justice ou le pouvoir exécutif de la Partie Contractante dans le territoire de laquelle l'infraction a été commise.

Article 20

Les autorités compétentes des Parties Contractantes prennent les mesures nécessaires à l'exécution du présent Accord y compris les échanges de tous les renseignements nécessaires, statistiques ou autres, et se réunissent dans le cadre d'une Commission Mixte à la demande de l'une des Parties Contractantes alternativement sur le territoire de chacune d'elles.

Article 21

- (1) L'Accord entre en vigueur le premier jour du troisième mois qui suit le mois au cours duquel les Parties Contractantes se seront notifiées par la voie diplomatique l'accomplissement des formalités nationales requises pour l'entrée en vigueur du présent Accord.
- (2) Le présent Accord est conclu pour une durée d'un an à partir de la date d'entrée en vigueur. Sa validité est prorogée d'année en année sauf dénonciation écrite notifiée par la voie diplomatique par l'une des Parties Contractantes six mois avant l'expiration de la période de validité en cours.

Fait à Rabat, le 16 Novembre 1990 en trois exemplaires en langues allemande, arabe et française, chacun de ces textes faisant foi. En cas de divergence dans l'interprétation du texte allemand ou du texte arabe, le texte français prévaudra.

Pour la République d'Autriche:
Dr. Robert Marschik

Pour le Royaume du Maroc:
Mohamed Bouamoud

اتفاقية

بين الجمهورية النمساوية
والملكة المغربية
يتعلق بالنقل الدولي
للأشخاص والبضائع عبر الطرق

106 der Beilagen

11

إن الجمهورية النمساوية والمملكة المغربية

رغبة منها في تيسير العنق الدولي للاتحاد والخطى بين البلدين ، وكذا عبور تراب كل منهما اتفقتا على ما يلي :

الباب 1 : تعاريف

المادة الاولى

في مفهوم هذا الاتفاق يمتد

1) لفظ مناوون ، كل شخص ذاتي أو معنوي ، وكل جمعية مرفقة لهما

سواء بالمملكة المغربية أو بالجمهورية النمساوية ، بالقيام بتنفيذ العنق الطرفي للتجارى للبيانات¹ أو للاتحاد أو للحساب الخاص .

2) لفظ السيارات ، كل سيارة ذات محرك :

¹ - المركبة والمستعملة غوت الطرف من أجن نقل البضائى

¹أكثر من 8 اشخاص باستثناء السائق ،

ب - والمسجلة فوئ تراب احدى الطرفين المتماثلين .

المادة الثانية

في مفهوم هذا اتفاق فإن السلطات المختصة بالنسبة للمملكة

المغربية هي وزير العنق ، وبالنسبة للجمهورية النمساوية هي الوزير المفيديرالى للاتحاد العمومى والعنق .

المادة الثالثة

يرفص لمقاولى احدى الطرفين المتماثلين القيام بتنق المسافريين

والبيانات بواسطة السيارات كما تم تحديدها فى المادة الاولى من عـنق الاتفاق سواء بين تراب الطرفين المتماثلين أو لعمور تراب كل منهما طبقا لمقتضىات هذا الاتفاق .

12

106 der Beilagen

الباب 11 : نقل الاشخاصالمادة الرابعة

تخضع لترخيص من الطرفين المتماثلين انصالح المتعلمة بين تراب الطرفين المتماثلين أي انصالح التي تقوم بتقريب الاشخاص ، حسب تواتر وعلى اساس علاقة محددتين ، وكذا المسافريين الذين يمكن ان يعمدوا ان ينزلوا وسط الطريق عند محطات الوقوف التي يتم تحديدها مسبقا .

المادة الخامسة

1) يسمح لمناول احد الطرفين المتماثلين باستعمال سيارة مخصصة لنقل الاشخاص غرق تراب الطرف المتماثل الآخر دون رخصة النقل طبقا لتوانين الطرف المتماثل الآخر ، وذلك من اجل ارجاز الخدمات الخارجية الدولية التي:

أ - النقل " باب محلك " أي الخدمات المنجزة بواسطة نفس السيارة التي تنقل نفس المجموعة من المسافرين على طول المسافة ، وتعود بهم الى نقطة الانطلاق ،

ب - الخدمات التي تخص النهاب المحصن والرجوع الناصرغ .

2) يجب على المناول المؤمن للخدمات الخارجية طبقا للمنتديات

هذا الاتفاق ان يحمل معه وثيقة اى ورقة المطلوبة تسلم له من طرف السلطة المختصة لدى الطرف المتماثل التي سجلت فيها السيارة وتكون هذه الوثائق مطابقة للسيارة التي تم استئصالها في الرحلات المنجزة.

المادة السادسة

1) يخضع نقل الاشخاص الذي يقوم به مناول احد الطرفين المتماثلين والذي لا يستجيب للتعريف المنصوم عليها في المادة 4 و 5 من هذا الاتفاق لرخصة تلتصا السلطات المختصة للطرف المتماثل الآخر.

106 der Beilagen

13

(2) لا يخضع لمثل هذه الرخصة نقل الامتعة بواسطة قاطرة مجرورة من طرف سيارات مخصصة لنقل الامتعة شريطة احترام الامور منات الاستيعاب المعمول بها فورت تراب كل من الطرفين المتعاقدين .

الباب 11 : نقل البضائعالمادة 1 المسبقة

(1) يخضع نقل البضائع من وإلى تراب الطرفين المتعاقدين أو عبور لتراب أحدهما ، والمنجز بواسطة السيارات المنصوص عليها في المادة الأولى من هذا اتفاق لنظام الرخصة العميقة .

(2) الرخصة المشار إليها في الفقرة 1 تكون صالحة لسفر واحد (ذهابا وارجابا) ، وتكون صالحة لاجل محدد .

(3) تسلط السلطات المختصة للطرفين المتعاقدين الحدود الفرضية من الرخص من الاخذ بعين الاعتبار حجم حركة المرور على الطرق ومالحم الطرفين المتعاقدين ، وتسلم هذه الرخص للمطاول بواسطة السلطات المختصة لبلده .

(4) تطبق الرخص بلمتني الطرفين المتعاقدين ، وباللغة الفرنسية طبقا لنماذج محددة باتفاق مشترك بين السلطات المختصة للطرفين المتعاقدين .

(5) لا يمكن أن تستعمل الرخصة الا من طرف المطاول الذي وفمتمته باسمه ، ولا تكون قابلة للتحويل ، كما يجب على العقاون أن يحدد السياراة بتسجيل رقمها في الرخصة .

المادة 12 السابقة

- (1) تمنح السلطات المختصة رقما خارج الحصف من اجل :
- أ - نقل السيارات المتغرة الى الخارج ،
- ب - النقل الجنازني ،

14

106 der Beilagen

- ح - نقل الاثياء ، واللوازم الفنية المخصصة للمعرض والمعارض ولكن
تتأهية شاقية اخرى ،
- د - نقل الامتعة والرحلين من طرف منارات مهينة خصيا لهذا المعرض
من حيث المستخدمين والاجرة ،
- ه - نقل المعونات واللوازم والحيوانات المتبعة او المائدة
من تتاهرات مسرحية ، موسيقية ، سينمائية ، رياضية ، من سيرك ، من
معارض وكذا تلك المخصصة للتسبيات اذاعية او لالتقاء مور سينمائية
او للتلفزيون .

و - النقل البريدي ،

ز - نقل الاشياء والمعونات والتجهيزات المخصصة لتقديم الخدمات

والتفزيون ،

ن - نقل النض وفراخ الاسماك ،

ح - نقل البطائم الضميمة (مثل النماذج الضميمة ، الانبياء

ثابت قيمة) بواسطة سيارات خاصة تصحبا الشرطة او ثورات امن اخرى .

2) لا يخضع لنظام الرخصة نقل الواصلات الضرورية للملاح في حالة
الاعانة المستعجلة وخصوصا في حالة الكوارث الطبيعية .

الماب ١٧ : احكام مشتركة

المادة التاسعة

لا توجد مادة بهذا الالفاظ تمنح الحق لمقاولي احد الطرفين
المتعاقدين في حصل الاشغال او البنائيم داخل ثراب الطرف الاخر
المتعاقد فقد الازوال داخل نفس الثراب .

106 der Beilagen

15

المادة الرابعة عشرة

يؤدي مقاول أحد الطرفين المتماثلين ، وذلك على النقيض المتنبض فوق تراب الطرف المتماثل الآخر ، الفرائب والرسوم المحمول بها فوق هذا التراب .

المادة الخامسة عشرة

يمكن أفراد ثالثي السيارة المحملة لدى "حد الطرفين المتماثلين خلال مدة أقالمتهم فوق تراب الطرف المتماثل الآخر" أن يستوردوا وبدون رخصة استيراد امتعتهم الشخصية معناة من الرسوم الجمركية ، وكذا الادوات الضرورية لسياراتهم طلبنا لتثريم الجمركي الربا رى به العمل ثرت تراب هذا الطرف المتماثل الآخر .

المادة السادسة عشرة

توضع تحت نظام الاستيراد الموزنت فليم العيار المحممة بصلاح سيارة تقوم بعملية النقل المحموم عليها في هذا التماثل ، وتبقى من المحتويات والرسوم عند الاستيراد ومن قيود الاستيراد .
ويعاد تعبير الفلم غير المحملة أو المستبدلة أو يتضمم انة لهما تحت مرا فبة جمركية .

المادة السابعة عشرة

يجب على ماولى رسالتى السيارات المتابعة لطرف متماثل احترام المتتنبيات التنبؤية المتماثلة بصفة خاصة ، بالسير والنقل المرفوق من، وكذا بصفة العمل التصى للسياقة المحمول بها فوق تراب الطرف المتماثل عند الآخر عند مرورهم فوق هذا التراب .

المادة العاشرة

إذا كان وزن أو حجم السيارة أو الحمولة يتعدى المتاييس المسموح بها فوق تراب الطرف المتعاقد الآخر، فإن على هذه السيارة أن تكون مصحوبة برخصة خاصة مسلمة من طرف السلطات المختصة لهذا الطرف المتعاقد. وتحدد هذه الرخصة المسك وشروط إنجاز المنق بواسطة السيارة المعنية.

المادة الحادية عشرة

لا يمكن لمقاول منبم على تراب أحد الطرفين المتعاقدين أن يقوم بعملية نقل بين تراب الطرف المتعاقد الآخر وبلد ثالث، إلا إذا حص على رخصة مسلمة من طرف السلطات المختصة للطرف المتعاقد الآخر.

المادة الثانية عشرة

يتم تحويل الفارق بين المداخل والمصاريف النقدية للتحويل الناتجة عن العمليات المنجزة في إطار هذا الاتفاق طبقاً لتنظيمات المعمول بها داخل كل من الطرفين المتعاقدين.

المادة الثالثة عشرة

يمكن للسلطات المختصة للطرفين المتعاقدين أن تفرض على المقاولين الموجودين سواء تحت سلطتها أو سلطة الطرف المتعاقد الآخر غرورة إنجاز ورقة معلومات أو تقرير عن كل سفر يتم إنجازه. ويجب أن تكون الرخص ووثائق المراقبة وأوراق المعلومات المنصوص عليها في هذا الاتفاق ماحبة للسيارة، ويتم تقديمها عند كل عملية مراقبة. وتكون الرخص ووثائق المراقبة وأوراق المعلومات حاملة لتأشيرة الجمارك عند دخول تراب الطرف المتعاقد والخروج من نفس التراب الذي تكون فيه هذه الوثائق سارية المفعول.

المادة الثامنة عشرة

يطبق التشريع الداخلى لكل طرف متعاقد على جميع المسائل التي لا يشملها هذا الاتفاق .

المادة التاسعة عشرة

1) في حالة حدوث مخالفة من طرف مقاول¹ أو من طرف المكلفين بالسياقة إزاء القوانين² والتنظيمات الأخرى المعمول بها فوق تراب الطرف المتعاقد الآخر³ وإزاء مقتضيات هذا الاتفاق ، يمكن للسلطات المختصة لتراب الطرف المتعاقد الذي تم فيه تسجيل السيارة أن تتخذ، وذلك بناء على طلب السلطة المختصة للطرف المتعاقد الذي ارتكبت فيه المخالفة ، إحدى الإجراءات التالية :

أ - إنذار للمتاوان المعنى بالامر قصد حثه على مراعاة المقتضيات الجارية بها العمل ،

ب - توقيف منح الرخصة للمتاوان المعنى بالامر أو سحب الرخصة التي سبقت منحها له وذلك للثورة التي حرمته فيما من السير السلطة المختصة للطرف المتعاقد الآخر .

2) تتبادل السلطات المختصة الأختيار بالتدابير المتخذة .

3) تطبق هذه المادة دون المساس بالإجراءات القانونية الصادرة عن الجهات القضائية أو السلطة التنفيذية للطرف المتعاقد داخل إقليم الذي ارتكبت فيه المخالفة .

المادة العشرون

تتخذ السلطات المختصة للطرفين المتعاقدين الإجراءات الضرورية لتنفيذ هذا الاتفاق بما في ذلك تبادل جميع المعلومات اللازمة من إحصائيات وغيرها ، وتجتمع بناء على طلب أحد الطرفين المتعاقدين فوق تراب كل منهما بالتناوب وذلك في إطار لجنة مختلطة .

المادة الواحد والعشرون

(1) يصبح الاتفاق ساري المفعول في اليوم الاول من الشهر الثالث الموالي للشهر الذي يبلغ فيه الطرفان المتعاقدان كلاهما الآخر بالطرف الدبلوماسية باستكمال الاجراءات الوطنية المتطلبه لدخول هذا الاتفاق حيز التنفيذ .

(2) يبرم هذا الاتفاق لمدة سنة ابتداء من تاريخ دخوله حيز التنفيذ ، ويمدد سريانه من سنة الى اخرى الا في حالة إلغاء يوجه كتابة بواسطة الطرف الدبلوماسية من أحد الطرفين المتعاقدين سنة اشهر قبيل إنتهاء مدة ملاحقته .

حرر في الرباط بتاريخ 16 نوفمبر 1990 في
نظيرين أصليين باللغات العربية والامانية والفرنسية ولكل من هذه النصوص الثلاثة نفس الحجية وفي حالة خلاف في تأويل النص الالمانى والعربي ، يرجح النص الفرنسي.

عن المملكة المغربية



عن الجمهورية النمساوية

Hammer

VORBLATT**Problem:**

Der genehmigungspflichtige und genehmigungsfreie Personen- und Güterverkehr zwischen den beiden Staaten sowie die einvernehmliche Festsetzung der Anzahl der Fahrgenehmigungen für Gütertransporte hatte bisher keine vertragliche Basis.

Problemlösung:

Abschluß des vorliegenden Abkommens.

Alternativen:

Keine.

Kosten:

Keine Belastung des Bundes vorgesehen.

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil

Das Abkommen ist Gesetzesergänzend und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat nicht politischen Charakter und kann unmittelbar im innerstaatlichen Rechtsbereich angewendet werden, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Das Abkommen enthält keine verfassungsändernden Bestimmungen.

Der Abschluß des Abkommens, das erstmals eine vertragliche Grundlage für den gewerbsmäßigen Personen- und Güterverkehr auf der Straße zwischen beiden Ländern schafft, geht auf eine marokkanische Anregung zurück.

Das Abkommen wird in Hinkunft die Grundlage für die gegenseitig einzuräumenden Genehmigungskontingente sein. Gemäß den Bestimmungen des Abkommens bedürfen nämlich Güterbeförderungen auf der Straße zwischen den Vertragsparteien oder im Transit durch deren Gebiet — mit Ausnahme der im Abkommen als nicht der Genehmigungspflicht bzw. Kontingentierung unterliegend angeführten — einer Genehmigung. Dabei wird von den zuständigen Behörden der Vertragsparteien unter Berücksichtigung der beiderseitigen verkehrs- und gesamtwirtschaftlichen Interessen — aber auch der jeweiligen verkehrspolitischen Zielsetzungen — ein bestimmtes Höchstmaß an Genehmigungen (Kontingent) vereinbart.

Die gewerbsmäßige Personenbeförderung zwischen den beiden Ländern unterliegt mit Ausnahme der Rundfahrten und der sogenannten „Absetzfahrten“ (besetzte Hinfahrt in den anderen Staat mit anschließender Leer-Rückfahrt, was in der Praxis wohl nur selten der Fall sein dürfte) gleichfalls einer Genehmigung durch die jeweils andere Vertragspartei.

Das Abkommen enthält ferner ein Kabotageverbot (Verbot der Beförderung zwischen zwei Orten im jeweils anderen Vertragsstaat), Zoll- und Abgabenvorschriften, Bestimmungen über die statistische Erfassung der österreichisch-marokkanischen Straßentransporte und über die wechselseitige Einhaltung der nationalen Rechtsvorschriften durch die Beförderungsunternehmer und deren Fahrpersonal, sowie die sogenannten „Schlußbestimmun-

gen“ (Inkrafttreten und Geltungsdauer des Abkommens).

II. Besonderer Teil

Zu den einzelnen Bestimmungen

Zur Präambel:

Diese enthält das Motiv zum Vertragsabschluß (Erleichterung der grenzüberschreitenden Personen- und Güterbeförderung zwischen den beiden Ländern oder im Transit über deren Gebiet).

Zu Art. 1:

Ziffer 1 enthält eine Definition des Begriffes „Unternehmer“, wobei durch die gewählte Textierung außer den physischen und juristischen Personen sowie Personengesellschaften des Handelsrechtes auch Gesellschaften bürgerlichen Rechtes einbezogen werden.

Ziffer 2 enthält eine Definition des Begriffes „Fahrzeug“, wobei hinsichtlich der Personenbeförderungen nur solche mit Omnibussen den Abkommensbestimmungen unterliegen.

Zu Art. 2:

Dieser führt die zuständigen Behörden im Sinne des Abkommens an.

Zu Art. 3:

Dieser legt den Geltungsbereich des Abkommens fest und führt dabei bilaterale Beförderungen und solche im Transit durch das Gebiet einer der beiden Vertragsparteien an. Transporte zwischen dem Gebiet der jeweils anderen Vertragspartei und einem dritten Staat (Drittlandsverkehre) sind in Art. 11 geregelt (vergleiche die Erläuterungen zu Art. 11).

Zu Art. 4:

Dieser enthält eine Definition des Begriffes „Kraftfahrlinienverkehr“ und legt fest, daß deren

Errichtung der Genehmigung durch die beiden Vertragsparteien bedarf (in Österreich: Konzession für die auf österreichischem Gebiet liegende Teilstrecke).

Zu Art. 5:

Ziffer 1 führt zwei Arten von nichtlinienmäßigem Personenverkehr (Gelegenheitsverkehr) an, die von den Unternehmern der beiden Vertragsparteien genehmigungsfrei durchgeführt werden können: sogenannte „Rundfahrten mit geschlossenen Türen“ (lit. a) und sogenannte „Absetzfahrten“ (lit. b).

Ziffer 2 legt fest, daß die Lenker von Omnibussen bei der Durchführung von Gelegenheitsverkehr im Sinne dieses Abkommens entsprechende Dokumente mit sich führen müssen, die den Status des jeweiligen Verkehrsdienstes belegen (Kontrolldokument oder Statistikblatt).

Zu Art. 6:

Ziffer 1 bringt zum Ausdruck, daß Fahrten im Linien- oder Gelegenheitsverkehr, die nicht den Kriterien und Bedingungen der Art. 4 bzw. 5 entsprechen, einer besonderen Genehmigung der jeweils anderen Vertragspartei bedürfen. In Österreich würde es sich dabei um eine Bewilligung nach § 9 Gelegenheitsverkehr-Gesetz handeln.

Ziffer 2 befreit die Beförderung von Gepäck auf Anhängern an die zur Personenbeförderung bestimmten Fahrzeuge von der Genehmigungspflicht.

Zu Art. 7:

Ziffer 1 legt fest, daß Beförderungen im Wechselverkehr und im Transit durch das Gebiet der jeweils anderen Vertragspartei grundsätzlich genehmigungspflichtig sind.

Ziffer 2 bringt zum Ausdruck, daß mit Marokko das System der Einzelfahrtgenehmigungen vereinbart wurde.

Ziffer 3 regelt die Frage der von den Vertragsparteien festzulegenden Kontingente für bilaterale und Transitfahrten. Derartige Vereinbarungen können entweder im Rahmen einer Gemischten Kommission nach Art. 20 oder durch Notenwechsel getroffen werden. Beförderungen im Drittlandverkehr fallen nicht unter diesen Kontingentbegriff bzw. -rahmen (siehe EB zu Art. 11).

Zu Art. 8:

Ziffer 1 führt jene Beförderungen an, die zwar genehmigungspflichtig sind, aber kontingentfrei durchgeführt werden können.

Ziffer 2 legt fest, daß Transporte medizinischer Hilfsgüter in Notfällen überhaupt genehmigungsfrei durchgeführt werden können.

Zu Art. 9:

Dieser bringt das sogenannte „Kabotageverbot“ zum Ausdruck.

Zu Art. 10:

Dieser verpflichtet den Verkehrsunternehmer der einen Vertragspartei, bei Überschreitung des Gewichtes und/oder der Abmessungen seines Fahrzeuges auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei bei der zuständigen Behörde dieser anderen Vertragspartei eine Sondergenehmigung zu beantragen.

Zu Art. 11:

Dieser definiert sogenannte „Drittlandbeförderungen“ und unterstellt sie einem anderen Regime als Transporte nach Art. 7 Ziffer 2 und 3 (Erfordernis einer gesonderten Bewilligung durch die jeweils andere Vertragspartei).

Zu Art. 12:

Diese Bestimmung soll sicherstellen, daß die Einnahmen österreichischer Beförderer aus Frachtgeschäften mit Marokko ordnungsgemäß nach Österreich überwiesen werden können.

Zu Art. 13:

Keine Bemerkung.

Zu Art. 14, 15 und 16:

Es gelten jeweils die abgabenrechtlichen Bestimmungen des Vertragsstaates, in dem die Beförderung durchgeführt wird.

Zu Art. 17:

Dieser verpflichtet die Verkehrsunternehmer und deren Fahrpersonal, neben den Bestimmungen dieses Abkommens auch die innerstaatlichen Rechtsvorschriften der jeweils anderen Vertragspartei einzuhalten (Territorialitätsprinzip).

Zu Art. 18:

Dieser normiert die subsidiäre Geltung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften der beiden Vertragsparteien gegenüber den Bestimmungen des vorliegenden Abkommens.

Zu Art. 19:

Die Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Abkommens soll durch die von den Vertragsparteien in diesem Artikel übernommene Verpflichtung, einander über Zuwiderhandlungen der

22

106 der Beilagen

Verkehrsunternehmer oder ihres Fahrpersonals zu unterrichten, weitgehend sichergestellt werden. Außerdem enthält dieser Artikel Maßnahmen, die im Falle des Zuwiderhandelns des erwähnten Personenkreises gegen Bestimmungen des Abkommens vorgesehen sind, sowie welche Vorgangsweise durch die zuständigen Behörden in solchen Fällen einzuhalten ist.

Zu Art. 20:

Dieser sieht unter anderem den Zusammenritt von Vertretern der zuständigen Behörden der

beiden Vertragsparteien in einer Gemischten Kommission vor, wobei unter die „für die Durchführung dieses Abkommens notwendigen Maßnahmen“ auch die Festsetzung der Transportkontingente fällt.

Zu Art. 21:

Dieser regelt das Inkrafttreten und die Mindestdauer des vorliegenden Abkommens; weiters sind hier die Kündigungs- und Verlängerungsmodalitäten geregelt.